

Stadtverordnetenversammlung am 11.04.2019

Ad-hoc-Bericht

Am Donnerstag in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses wurde uns der Ad-hoc Bericht über die angespannte finanzielle Lage der Stadt vorgelegt.

Finden wir doch sehr merkwürdig, nachdem sich doch sowohl unser Bürgermeister und die SPD als auch die b-now selbst gefeiert haben für einen ausgeglichenen Haushalt.

Die b-now schreibt sogar in der Februar-Ausgabe ihrer Hochglanzbroschüre: "Warum die b-now Neu-Anspach gut tut!" und "Haushalt - die Wende ist schon geschafft".

Bereits in den Haushaltsberatungen im Dezember hatten wir auf einige Ungereimtheiten und Unsicherheiten hingewiesen.

In unseren Augen war der Haushalt schöngerechnet und nicht realistisch.

Da dieser Eindruck für uns nicht ausgeräumt werden konnte, haben wir dem Haushalt auch nicht zugestimmt.

Wir haben in den vergangenen Jahren immer wieder darauf hingewiesen, dass sowohl die Zahlen vom Land über erwartete Einkommensteuerzahlungen eine große Unsicherheit im Haushalt darstellen als auch nicht eingeplante Tarifsteigerungen.

Hier müssten realistischerweise immer Puffer eingeplant werden.

Zumindest zu den regelmäßigen Tarifsteigerungen wurde das dieses Mal berücksichtigt.

Die Schätzungen der Landesregierung zu den Steuereinnahmen waren wohl zu optimistisch oder laufen - aus welchen Gründen auch immer - für Neu-Anspach entgegen allen Prognosen.

Von unserem Bürgermeister wurde ein ausgeglichener Haushalt vorgestellt.

Trotzdem haben wir jetzt schon den Kassenkreditrahmen überschritten, steuern auf eine Zahlungsunfähigkeit zu, werden über einen Nachtragshaushalt beraten müssen.

Wir sehen wieder einmal, dass uns die Realität überholt und das Geld vorne und hinten nicht reicht.

Auch die Fraktion der b-now hat inzwischen wahrnehmen müssen dass es nicht so einfach ist, das Ausgabenproblem zu lösen.

Denn: Eine Kommune kann nicht frei entscheiden, wofür sie Geld ausgeben will.

Es gibt Aufgaben zu denen eine Kommune verpflichtet ist.

Ja, eine besonders große Verpflichtung ist die Kinderbetreuung. Es gibt nun mal einen Rechtsanspruch darauf.

Geschimpfe auf die Landesregierung nutzt allerdings jetzt nichts.
Weder die Landesregierung noch etwa die Bundesregierung wird unser Problem lösen.
Das werden wir Kommunalpolitiker tun müssen bzw. versuchen müssen.

Hierbei sollten wir alle eine Entschärfung des Umgangstones vornehmen.
Der lässt nämlich zum Teil zu wünschen übrig.

Wir müssen sachlich diskutieren und gemeinsam versuchen, Lösungsmöglichkeiten zu finden.

Schade ist hier, dass auf unseren Einwand in der HFA-Sitzung, dass lediglich verschiedene Finanzierungsmöglichkeiten vorgestellt wurden und keine Sparvorschläge seitens der Verwaltung unterbreitet wurden unser Bürgermeister antwortete, dass es von seiner Seite keine Sparvorschläge geben werde. Diese Verhaltensweise ist auf keinen Fall zielführend.
Man könnte fast von Arbeitsverweigerung sprechen

Da sind wir doch sehr gespannt auf den Nachtragshaushalt und die Beratungen darüber.

Erschrocken sind wir allerdings über die Tatsache, dass der Bürgermeister jetzt die bereits am 19. März 2019 vom Landrat als Kommunalaufsicht genehmigte Haushaltssatzung nicht veröffentlichen will.

Diese soll nicht in Kraft treten, sondern die alte weiterhin Gültigkeit haben, nach welcher er mehr Schulden machen "darf".

Ob es überhaupt rechtlich möglich ist, diesen formalen Akt zu unterlassen bzw. hinauszuzögern, zweifeln wir an. Das hatten wir auch bereits in der Sitzung des HFA gesagt.

Hier hätten wir gerne eine Antwort des RP als oberste Aufsichtsbehörde.

Ebenso zweifeln wir an, ob dies im Rahmen der Vereinbarungen zur Hessenkasse möglich ist. Und auch hier hätten wir gerne eine Antwort.

- es gilt das gesprochene Wort -